

## Wer soll die Kriegslasten der Gemeinde tragen?

Von Dr. Rudolf Ritter v. Schwarz-Piller,  
Gemeindevater der Stadt Wien.

Wien, 5. Juli.

Nicht nur der Staat und die Länder, sondern auch die Kommunen haben selbstverständlich unter den Beschwernissen des großen Krieges und unter den finanziellen Lasten des Krieges außerordentlich zu leiden. Und je größer der Personalstand einer Gemeindeverwaltung wurde, um so heftiger wurde sie in den finanziellen Prozentanz hineingezogen, welchen die Preispolitik, die allmähliche Entwertung des Geldes von seinem wirklichen, wirtschaftlichen Charakter und andere Umstände verursachten. Ich habe bereits lange vor dem Kriege im Wiener Gemeinderate und auch anderwärts über die Gefahren der kommunalen Sozialisierung gesprochen. Ich habe insbesondere darauf hingewiesen, daß trotz aller großen Vorteile der Kommunalisierung gewisser Betriebe für die Öffentlichkeit auch schwere Bedenken gegeben seien. Ich habe vor allem drei Argumente hervorgehoben, welche zum mindesten für ein langsameres Tempo der übrigens auch von mir gewollten Kommunalisierung sprächen, und zwar einerseits das Hineinziehen der Gemeindeverwaltungen in schwere Lohnkämpfe, die Abhängigkeit der naturnotwendigerweise aus Laien bestehenden Bürger- und Konsumentenvertreter in den Stadtverordnetenkollegien von den „fachverständigen“ Beamten und schließlich die für die Dauer unausbleibliche politische Korruption, indem bei der immer größer werdenden Zahl der kommunalen Angestellten diese die „freigewählten“ Gemeindevertreter, ihre Kontrolloren, allmählich zum Schaden der anderen Bevölkerung und zum Schaden der Gemeindeverwaltung selbst durch den Stimmzettel politisch beherrschen würden. Ich habe mich hierbei auch auf die überzeugenden Ausführungen des großen englischen Wirtschaftspolitikers Sir John Lubbock (Lord Avebury) berufen, dessen Theorien in wichtigen Punkten durch die praktischen Erfahrungen erhärtet wurden. Ich selbst habe vor dem Kriege in erster Linie der bevorstehenden Lohnkämpfe gedacht, und ich habe leider heute schon in Wien mit meinen damaligen Prophezeiungen recht behalten. Die Großgemeinde in ihrer Zweifelhaftheit als Behörde und Unternehmerin kommt heute in kritische Situationen. Auch unsere Vaterstadt, die Großgemeinde Wien, gebietet über ein Heer von Angestellten oder eigentlich besser gesagt, dieses Heer gebietet bereits über die Stadt. Und alle diese Angestellten wollen leben, und sie haben ein Recht, zu leben, denn sie haben alle, ob jung, ob alt, ob männlichen oder weiblichen Geschlechtes, im Kriege unter den schwierigsten Verhältnissen treu und brav gearbeitet, und da können sie zum mindesten doch verlangen, daß ihnen die schwere Arbeit Essen und Kleidung ermögliche. Sicherlich ist die Dienstgeberin, die Gemeinde, an der Teuerung nicht schuldtragend, aber ihren sozialpolitischen Pflichten als Dienstgeberin und Unternehmerin muß sie unbedingt nachkommen. Man darf auch bestimmten Arbeitergruppen der Gemeinde ihre besondere Verehrtheit nicht übelnehmen, sie arbeiten schwer und müssen zusehen, wie andere Kameraden in Kriegsindustriebetrieben ihnen zwar nicht an Arbeit, aber am Lohne außerordentlich boransteht. Das wirtschaftliche Getriebe bildet heute mehr als je eine Einheit, bei der die Räder eines komplizierten Werkes ineinandergreifen und greifen müssen. Da darf auch die Regierung nicht den schweren Fehler ungerechtfertigter Sonderbegünstigungen auf dem Arbeitsmarkte zulassen, beziehungsweise selbst verursachen.

Die Bedürfnisse, und man muß es laut sagen, die berechtigten Bedürfnisse der Angestellten der Stadt Wien haben in erster Linie das große Defizit im Stadthaushalte und die dadurch verursachten Schwierigkeiten mit sich gebracht. Die Majorität in der Gemeindevertretung ist zu dem Entschlusse gelangt, die Lösung der Schwierigkeiten, die Deckung des Defizits hauptsächlich in der Erhöhung der Tarife der städtischen Unternehmungen, Straßenbahn, Gas- und Elektrizitätswerk, zu finden. Ich muß diesem Entschlusse auf das entschiedenste widersprechen, ganz und gar nicht aus politischen Gründen, sondern aus rein sachlichen, aus wirtschaftlichen Gründen. Mit kurzen Worten gesagt, ich lehne es absolut ab, das Defizit im Stadthaushalte durch Einführung neuer Steuern oder Erhöhung alter Steuern, insbesondere der indirekten Steuern, zu decken. Ich lehne auch alle jene Anregungen mit Entschiedenheit ab, welche während der gegenwärtigen Budgetdebatte, von welcher Seite auch immer, zwecks Erhöhung der Zins- und Schulbeller usw. gegeben wurden. Die Zeiten sind furchtbar schwer, und überdies sind wir noch nicht am Ende aller Schwierigkeiten angelangt, und da darf man den Leuten das Leben nicht gegen finanzpolitischer Theorien schwerer machen. Wird man Tarife und Umlagen erhöhen müssen, dann soll man im Frieden erhöhen, wenn alle Schrecken des Krieges vorüber

und vergessen sind, die gegenwärtige Zeit aber opfert schon so viel, daß man von ihr unnötige Opfer nicht mehr verlangen darf.

Die Frage: Wer soll die Kriegskosten der Gemeinde tragen? kann daher nach meiner innersten Ueberzeugung nicht in der Richtung beantwortet werden, daß man in gedankenlosem Nachsprechen veralteter Theorien, daß man in gedankenlosem Nachahmen von anderwärtigen Einrichtungen uns, die Gegenwart, unnötigerweise noch mehr leiden und entbehren läßt. Wir Lebenden werden wohl die vollen Segnungen des künftigen Friedens nie mehr so ganz genießen können, unser Leben hat einen Schlag erhalten, von welchem wir uns nicht mehr werden vollständig erholen können. Wir haben zu viel geschaut, zu viel gelitten, um nach dem Kriege wieder so froh werden zu können, wie wir es vielleicht einstens waren. Die kommenden Geschlechter, die den Mord in Sarajevo und das, was sich an ihn schloß, niemals erlebt haben, nur aus Büchern kennen werden, die reichen Friedenssagen aus einer mit Blut und Unheil gedüngten Erde ziehen werden, die sollen auch mittragen helfen an den Lasten, welche zur Erreichung jener goldenen Friedenszeit getragen werden müssen. Und wenn im Gemeinderate mehrere Redner der künftigen Generationen mit Mitleid und Bedauern gedachten, so mußte ich mich wundernd fragen, ob sie nicht ihr Mitleid besser den Lebenden zuwenden sollten, denn das Wort: Weh dir, daß du ein Enkel bist, es hat seine Geltung verloren, es mußte berichtigt werden und heißen: Weh dir, daß du ein Zeitgenosse bist.

Ich huldige gewiß nicht dem frivolen Prinzip: Nach uns die Sintflut; aber da wir jetzt selbst die Sintflut haben, verlange ich eine gerechte Aufteilung der Lasten zwischen Gegenwart und Zukunft. Ich habe mich schon voriges Jahr gegen Tarife und Umlagenerhöhung gewendet. Ich habe als erster den Antrag auf Deckung durch ein Kriegsschuldanlehen gestellt. Meine Kühnheit erregte zuerst lebhaften Widerspruch. Alle möglichen Theorien wurden mir entgegengehalten, aber wir haben im Kriege in vielfacher Beziehung umgeleitet und nicht zuletzt in finanzpolitischer Beziehung. Schließlich wurde doch ein Kriegsanlehen beschlossen, allerdings eine halbe Maßregel, denn mit 80 Millionen war niemandem gebient, das mußte man von vornherein wissen. Die Gemeinde Wien soll jetzt einen großen und würdigen Beschluß fassen; sie soll ein großes und langfristiges Kriegs- und Friedensanlehen auflegen, etwa von 1/4 Milliarde. Dieses Anlehen wird überzeichnet werden. Der Kredit unserer Vaterstadt ist und bleibt unerschütterlich, solange ernste, wirtschaftliche Arbeit und nicht Parteilichkeit regiert. Die Ressourcen von Wien in finanzieller Beziehung sind noch lange unerschöpflich und heute noch kaum sonderlich in Anspruch genommen. Es ist daher gar kein Grund, die Bevölkerung durch das Leben erschwerende, in der Praxis gehässige Maßnahmen aufzuwählen. Auch die Möglichkeit, daß die Unternehmungen der Gemeinde durch zwei oder drei Jahre kein Erträgnis abwerfen werden, kann mich in meiner Ueberzeugung nicht wankend machen, denn die Gemeinde als Unternehmer darf vielleicht von der Friedenskonjunktur, niemals aber von der Kriegskonjunktur profitieren.